

Einschätzungen zu den Interview-Aussagen in der Freien Presse vom 13. Mai 2017

(Bernhard Herrmann, Stadtrat B90/Grüne und Mitglied im Arbeitskreis ENERGIE-TISCH der Agenda - 16. Mai 17)

Der Stadtrat soll Mitte Juni über den Bau des umstrittenen Müllkraftwerks am Weißen Weg entscheiden. Der Vorsitzende des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz, *Miko Runkel*, und Baubürgermeister *Michael Stötzer* sagen im "Freie Presse"-Interview, warum eine solche Anlage aus ihrer Sicht für die Stadt notwendig ist. *Swen Uhlig* sprach mit ihnen.

Warum braucht Chemnitz eigentlich ein Müllkraftwerk?

Miko Runkel: Weder die Stadt noch der Abfallwirtschaftsverband brauchen zwingend eine solche Anlage. Aber als Verband müssen wir sicherstellen, dass der Hausmüll der Chemnitzer auch zukünftig entsorgt wird. Bisher wird der Abfall aus der schwarzen Tonne in unserer Sortieranlage am Weißen Weg zu sogenannten Ersatzbrennstoffen aufbereitet und dann zum Kraftwerk Jänschwalde transportiert, wo er verbrannt wird. Aber die Verträge laufen Ende Mai 2020 aus. Wir müssen also für die Zeit danach eine Lösung finden, es geht um Entsorgungssicherheit und vor allem auch um stabile Müllgebühren in Chemnitz.

Wenn solch eine Anlage nicht "zwingend gebraucht" wird, sollte unbedingt auf eine Lösung verzichtet werden, die aufgrund der über 20 bis 25 Jahre überhaupt nicht absehbaren Entwicklungen enorme Risiken birgt. Eine mit lokalen, wirtschaftlichen Sachzwängen verbundene Verbrennungsanlage stünde jeglichen Bemühungen zur Abfallvermeidung, zur stofflichen Verwertung langfristig im Weg. Auch ist es anzuzweifeln, ob eine nicht flexibel auf Sonnen- und Windstrom reagierende Feststoff-Abfall-Verbrennung in den nächsten Jahrzehnten noch wirtschaftlich betreibbar ist.

Was hat das Kraftwerk mit der Höhe der Müllgebühren zu tun?

Runkel: Es ist anzunehmen, dass die Müllgebühren ansteigen werden, wenn wir auch künftig die Ersatzbrennstoffe außerhalb verbrennen lassen. Das liegt daran, dass es aufgrund der aktuellen Lage am Abfallmarkt heute erheblich teurer wäre, einen entsprechenden Vertrag mit einem Betreiber einer solchen Anlage abzuschließen. Dieser höhere Preis würde dann natürlich in die Kalkulation der Müllgebühren einfließen und die Entsorgung teurer machen.

Hier stellt sich schon die Frage, warum der AWVC mit seinem Verbandsvorsitzenden Herrn *Runkel* nicht wenigstens eine Abschätzung (verbunden mit der Darlegung der dafür getroffenen Annahmen) versucht. Solange dies nicht vorliegt, kann man das Gebührenargument nicht ernst nehmen. Auf jeden Fall gilt: Der Anfang des Jahrtausends durch Bürgerinnen und Bürger errungene Verzicht auf die Müllverbrennung hat auch dazu beigetragen, dass Chemnitz heute die bundesweit mit günstigsten Abfallpreise hat. Städte, in und bei denen Abfallverbrennungsanlagen stehen, gehören dagegen in der Regel zu denen mit den höchsten Gebühren.

Aber bei den sogenannten Ersatzbrennstoff-Kraftwerken gibt es derzeit doch eher Überkapazitäten - zum einen, weil es genügend derartiger Anlagen gibt, zum anderen, weil auch immer weniger Müll anfällt. Spricht das nicht für sinkende Preise?

Runkel: Unsere Marktbeobachtung besagt etwas anderes. Aktuell sind die Anlagen in Deutschland mehr als ausgelastet. Mag sein, dass es Überkapazitäten gibt, dann aber nicht in Sachsen. Es nützt ja nichts, die Ersatzbrennstoffe 300 Kilometer weit durch die Landschaft zu fahren, weil das ebenfalls die Kosten erhöht. Rund um Chemnitz jedenfalls gibt es keine Anlagen, die Ersatzbrennstoffe verwerten können.

In der Tat werden die lange Zeit unterausgelasteten Abfall-Verbrennungsanlagen (Müll- und EBS-Verbrennung) inzwischen stärker ausgelastet. Die temporäre (!) gute wirtschaftliche Lage trägt dazu ebenso bei, wie die zzt. erhöhte Einwohneranzahl in Gesamtdeutschland. Zudem gehen zur Mitverbrennung genutzte Braunkohlekraftwerke nun doch schon eher, als von vielen vermutet, vom Markt.

Die Kapazitätsverringerung führt natürlich auch zu höheren Preisen. Gleichwohl sind diese nicht so hoch, dass nicht immer noch Importe aus Europa möglich wären. Importe aus England und Italien widersprechen dem Nähe-

Prinzip, dass in der Tat anzustreben ist, eklatant. Zudem würde eine hingegenommene Verknappung freier Kapazitäten zu besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten für bessere, zukunftsfähige Technologien führen, zu einem größeren Vermeidungs- und stofflichen Verwertungsdruck. Eine "kreativlose Wiederherstellung von Verbrennungs-Überkapazitäten" würde die in Zeiten der Ressourcenwende nicht länger hinnehmbare Spirale immer höheren Müllaufkommens dagegen weiter in Gang setzen.

Michael Stötzer: Es ist leider nicht so, dass das Müllaufkommen sinkt. Deutschland verursacht pro Einwohner im weltweiten Vergleich nach wie vor noch sehr viel an Siedlungsabfällen, allerdings sind wir auch Spitzenreiter bei der Wiederverwertung. Fest steht, dass wir alle Müll verursachen und dafür auch selbst verantwortlich sind. Wir müssen also über dieses Thema nachdenken, und wir brauchen eine Lösung für die Zukunft. Fest steht auch, dass wir Müll noch nicht vollständig aufbereiten können. Wir dürfen den Müll auch nicht einfach deponieren, das ist seit 2005 gesetzlich untersagt. Was also tun? Vielleicht gibt es ja in der Zukunft eine geeignetere Technologie, die alle zufriedenstellt.

Was denken Sie, um wie viel Prozent könnten die Müllgebühren nach 2020 steigen - ohne und mit einem Müllkraftwerk in Chemnitz?

Runkel: Das kann man so noch nicht sagen. Wir gehen aber davon aus, dass mit einer Anlage vor Ort die Transportkosten wegfallen und auch die Wirtschaftlichkeitsgrenze eine andere ist, weil die Verträge ja nicht nur über fünf oder zehn Jahre geschlossen werden, sondern womöglich über 20 Jahre. Das macht die Entsorgung günstiger, was die Höhe der Müllgebühren stabil hält. Außerdem entfielen mit dem Kraftwerk in Chemnitz die Kosten für die Zwischenlagerung, und es gäbe Erlöse durch den Verkauf von Strom und Fernwärme, was dann wiederum positiven Einfluss auf die Müllgebühren hätte.

Herr *Runkel* hält sich weiter sehr vage, was angesichts der auf der anderen Seite bestehenden, abfall- und energiewirtschaftlichen Risiken nicht hinnehmbar ist. Wer behauptet, dass sich mit dem Stromverkauf aus unflexiblen Verbrennungsanlagen künftig noch Geld verdienen lässt, sollte sich mit der aktuellen Strommarktlage befassen, die sich natürlich in Bezug auf diese Verbrennungsanlagen noch weiter verschlechtern wird. Wer aber vor wenigen Jahren - zur Fusion der "Stadtwerke Chemnitz" zur "eins" - noch von einer zwingenden Zentralisierung in der Energiewirtschaft sprach, ist wohl in dieser Hinsicht nicht unbedingt "Experte".

Aber Sie könnten doch auch mit einem Fremdbetreiber einen Vertrag über 20 Jahre abschließen. Würde das die Wirtschaftlichkeitsgrenze, wie Sie sagen, nicht auch positiv beeinflussen?

Runkel: Es ist nicht üblich, Verträge über die Verwertung mit Fremdbetreibern über einen so langen Zeitraum abzuschließen, weil man nicht weiß, wie sich der Markt entwickelt.

Das wissen Sie mit einem Kraftwerk vor Ort auch nicht.

Runkel: Richtig, aber das ist dann Sache des Investors. Das Kraftwerk soll ja nicht von der Stadt oder vom Verband errichtet werden, sondern von einem Dritten. Die Ausschreibung, die wir vorbereiten, beinhaltet drei Szenarien: Verwertung der Ersatzbrennstoffe bei einem Fremdanbieter über einen Zeitraum von fünf oder zehn Jahren oder eben die Errichtung eines Kraftwerkes vor Ort. Die Ausschreibung ist ergebnisoffen; maßgeblich für alle drei Varianten wird der Preis sein.

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Bürgermeister *Runkel* hält es für riskant, für 20 Jahre die Entwicklung einzuschätzen, möchte sich dann aber auf einen privaten Vertragspartner für solch eine Verbrennungsanlage einlassen, dem er genau das zumutet?

So findet man höchstens einen Spekulanten als Partner für ein hochriskantes PPP-Projekt (Privat-Public-Partnership). Das wird ihm hoffentlich seine Chemnitzer Linke nicht durchgehen lassen?!

Und dennoch favorisieren Sie die Errichtung eines Kraftwerkes in Chemnitz. Was ist mit den Emissionen, die eine solche Anlage ausstoßen darf - Schwermetalle oder Dioxin zum Beispiel?

Runkel: In aller Regel werden die zulässigen Emissionsgrenzwerte niemals tatsächlich erreicht, der Ausstoß ist deutlich geringer als erlaubt. Derartige Anlagen gehören mit zu den am besten überwachten Anlagen. Sie unterliegen der regelmäßigen Überwachungsplanung und Berichterstattung im Freistaat Sachsen und müssen so errichtet und betrieben werden, dass insbesondere schädliche Umwelteinwirkungen nicht hervorgerufen werden können und Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Dementsprechend sind die gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte für Luftschadstoffe einzuhalten.

"In aller Regel" zeugt nun wahrlich von wenig Fach- und Sachkunde, die er als Dezernent aber auch nicht im Detail haben muss. Festzuhalten bleibt aber auf jeden Fall, dass eine Eingangskontrolle des zur Verbrennung vorgesehen Materials nur sporadisch erfolgen wird/kann. Da hilft dann auch die beste und kontinuierlichste Messung der Ausgangswerte im Rauchgas im Falle des Falles nichts. Sicher ist auch: Grenzwertunterschreitungen bedeuten nicht, dass sich wesentliche Schadstoffe nicht dennoch über die Zeitdauer in signifikanten Mengen in der Umgebung anreichern würden.

Wer überwacht denn solche Anlagen?

Runkel: Solche Anlagen werden in aller Regel durch die Behörde überwacht, die auch die Genehmigung erteilt. Im vorliegenden Fall wäre das die Landesdirektion Sachsen.

Bei den Gesprächen der vergangenen Wochen wird zu solchen Aussagen oftmals der Vergleich zur Diesel-Affäre in der Automobilwirtschaft gezogen. Ohne konkrete Vorwürfe unterstützen zu wollen, kann man dennoch schlecht das oft geäußerte Misstrauen der Anlieger entkräften.

In Chemnitz fällt gar nicht so viel Müll an, wie für den wirtschaftlichen Betrieb eines Müllkraftwerks nötig wäre. Warum muss dann eine solche Anlage ausgerechnet in der Stadt gebaut werden?

Runkel: Wir haben in der Region derzeit ein Abfallaufkommen von 100.000 Tonnen pro Jahr. Eine gute Größe für den Betrieb der Anlage wären 130.000 Tonnen. Es gibt eine Kooperation mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen in Zwickau, der uns schon jetzt einen Teil seines Hausmülls in die Sortieranlage schickt. Wir gehen davon aus, dass uns die Mengen aus Zwickau künftig so angeboten werden wie nötig, um das Kraftwerk wirtschaftlich betreiben zu können.

Herr *Runkel* trägt - indem er Verbandsnamen und -standorte benachbarter Verbände durcheinander haut - mehr zur weiteren Verwirrung bei, als dass er sachliche Informationen liefert.

Auf jeden Fall wird nach den Plänen des Umweltdezernenten auch der Müll aus den westlichen und mittleren Teilen des Erzgebirgskreises benötigt. Dieser wird bisher - unbehandelt - nach Sachsen-Anhalt zur Verbrennung gebracht.

Zur Information an den Umweltbürgermeister:

- Der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) hat seinen Sitz in Stollberg (Erzgebirgskreis). Er ist vor allem für einen Großteil des Erzgebirgskreises zuständig, mit Ausnahme des ehemaligen MEK-Kreises.
- In Zwickau ist kein Abfallwirtschaftsverband ansässig. Eine Verbandslösung braucht es hier nicht (mehr), da das ehemalige Verbandsgebiet (Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau = ZAZ) nach den Kreisreformen nunmehr mit dem Kreisgebiet deckungsgleich ist.

Der Mülltourismus würde dennoch fortbestehen.

Runkel: Es ist aber ein Unterschied, ob weitere 40.000 Tonnen von Zwickau nach Chemnitz transportiert werden oder 100.000 Tonnen von Chemnitz bis weit hinter Cottbus.

100.000 Tonnen fallen allein für das AWVC-Gebiet nach der Sortierung gar nicht an.

Die weiteren Mengen würden eben wohl auch aus dem Erzgebirgskreis kommen. Und wenn insgesamt - im Umland von Chemnitz schon allein wegen sinkender Einwohnerzahlen - weniger Müll anfällt, dann wohl auch noch aus weiteren Teilen Sachsens? Auch wir in der Region werden dann mit der neuen Anlage das Problem unzureichender Auslastung haben! Und wir werden mindestens sachsenweit alles einsammeln müssen, was zu holen ist.

Wenn Herr *Runkel* - weiter oben - von 300 km Transportentfernung spricht, so zeigt seine die Unschärfe im "Spiel mit Zahlen". Während die bisherige Entsorgung nach Jänschwalde immerhin über eine Strecke von 230 km erfolgt, so wäre eine evtl. künftige, bspw. nach Magdeburg-Rothensee, exakt gleich weit. Andere, große Verbrennungskapazitäten in Sachsen-Anhalt liegen näher, bspw. in Bernburg, etwa 180 km entfernt. Wie Herr *Runkel* da auf zu erwartende Mehrkosten aufgrund längerer Transportwege kommt, das bleibt sein Geheimnis.

Eine Befürchtung von Naturschützern ist, dass mit der Erzeugung von Fernwärme in dem Kraftwerk eine Fernwärmetrasse nötig wird, die mitten durch den Zeisigwald gebaut werden soll. Was sagen Sie dazu?

Stötzer: Eine Trasse quer durch den Zeisigwald ist keine Option. Es ist richtig, ein solches Projekt braucht eine Trasse zur Einbindung der Abwärme, um wirtschaftlich und sinnvoll zu sein. Aber dies muss vom Projektträger straßennah geplant und gebaut werden, zum Beispiel im Bereich der Dresdner Straße.

Können Sie das garantieren?

Stötzer: Ich kann das nicht garantieren, weil es ja noch keine Planung von einem Projektträger dafür gibt. Aber eine Trasse durch den Zeisigwald wäre kein Lösungsansatz. Entweder, es gelingt dem Projektträger, das straßennah zu machen oder es gibt keine Lösung und damit keine Trasse, man muss das so deutlich sagen.

Kurz und gut: Es kann wohl niemand ganz ausschließen, dass dann eine Leitungstrasse doch durch den Wald bzw. in Straßen mitten durch den Wald führt. In Straßen, die eigentlich in diesem FSC-zertifizierten Waldstück zum Rückbau vorgesehen sind!

Eine Informations-Veranstaltung zu den Plänen des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz findet am kommenden Montag, 15. Mai 2017 , statt. Verbandsvorsitzender Miko *Runkel* sowie Mitarbeiter des Verbandes werden dort Fragen zu den Kraftwerksplänen am Zeisigwald beantworten. Die Veranstaltung findet im Kammersaal der Industrie- und Handelskammer statt, Straße der Nationen 25. Beginn ist 17 Uhr.